

Antrag

der Abgeordneten Norbert Kleinwächter, Carolin Bachmann, Marc Bernhard, René Bochmann, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Dietmar Friedhoff, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Deutsch jetzt zur dritten Amtssprache des Europarates erheben

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Deutschland hat seit seinem Beitritt zum Europarat 1950 den besonderen Status eines „großen Beitragszahlers“ inne. Die Bundesregierung weigert sich, einen konkreten quantitativen oder qualitativen Mehrwert von diesem Status für Deutschland festzustellen¹.
 2. Deutschland hat seit der Bundesregierung unbekannt wie lange den nicht näher bestimmten Status „eines der größten Geber freiwilliger Leistungen“ inne². Einen konkreten quantitativen oder qualitativen Mehrwert für Deutschland auch von diesem Status stellt die Bundesregierung nicht fest³.
 3. Im jährlichen Mitgliedsbeitrag Deutschlands sind unter anderem die erforderlichen Zuweisungen in den Haushalt der Parlamentarischen Versammlung des Europarates für die Finanzierung von Deutsch als Arbeitssprache über die Jahre stets enthalten gewesen⁴: Der Status von Deutsch als Arbeitssprache des Europarates wird bezahlt.
 4. Der eine Regierungserklärung begleitende Antrag auf Drucksache 20/846 vom Februar 2022 wurde durch den Deutschen Bundestag angenommen. Darin wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert, „sich dafür einzusetzen, dass es zu keinem finanziellen Schaden des Europarates durch die Suspendierung Russlands kommt und gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten des Europarates eine Kompensation für wegfallende Mitgliedsbeiträge Russlands zu schaffen und dafür die nötigen Mittel bereitzustellen“.

¹ Vergleiche Fragestellung gegenüber jeweiliger Beantwortung: Frage 5, BT-Drucksache 20/5759.

² Vgl. Fragestellung ggü. jeweiliger Beantwortung: Frage 14, am angegebenen Orte.

³ Vgl. Fragestellung ggü. jeweiliger Beantwortung: Frage 15, a. a. O.

⁴ Vgl. Fragestellung ggü. jeweiliger Beantwortung: Frage 10, a. a. O.

5. Gegenüber 2022 ist der Mitgliedsbeitrag des „großen Beitragszahlers“ Deutschland von 37,18 auf 42,81 Millionen Euro angestiegen⁵, bei einem abrupten Anstieg der freiwilligen Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags von Deutschland als „einem der größten Geber freiwilliger Leistungen“ um 8 Millionen Euro⁶.
6. Am Beispiel des Haushaltsjahres 2023 wird ersichtlich, wie Deutschland als „einer der größten Geber freiwilliger Leistungen“ die Höhe Letzterer ohne einen eingangs bestimmten Verwendungszweck feststellt. Dieser werde „generell“ erst „im Rahmen eines Konsultationsprozesses mit dem Europarat“ und „innerhalb der Bundesregierung“ abgestimmt⁷. Die Bundesregierung weiß im Vorfeld nicht, ob und welche Teilbeträge hiervon in entsprechende Projekte in Deutschland fließen⁸. Auf Punkte römisch 2 und 4 wird in diesem Lichte auch verwiesen.
7. Die Bundesregierung verwehrt dem Bundestag die Information, ob die deutsche Exekutive selber jemals erwogen hat, ob es angemessen ist, dass Deutsch von Arbeits- zur dritten Amtssprache, zumindest der Parlamentarischen Versammlung, des Europarates erhoben wird und ggf. entsprechende Schritte eingeleitet hat⁹.
8. Es ist an der Zeit, dass Deutsch, über den über die Jahre konsequent bezahlten Status einer Arbeitssprache hinaus, nunmehr auch den mit drastischen Beitrags-erhöhungen 2023 bezahlten Status der dritten Amtssprache des Europarates wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die entsprechenden, für sie einschlägigen Schritte dahingehend einzuleiten, dass Deutsch zur dritten Amtssprache des Europarates erhoben wird.

Berlin, den 11. November 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Nicht nur der Status Deutschlands eines „großen Beitragszahlers“ oder eines der „größten Geber freiwilliger Leistungen“, sondern auch die sprachliche Wirklichkeit sollte die Bundesregierung veranlassen, Deutsch als dritte Amtssprache des Europarates zu implementieren.

Bereits in der 15. Wahlperiode hat der Bundestag Ähnliches für die EU einstimmig beschlossen:

„Ausgehend davon, dass etwa 91 Millionen EU-Bürger Deutsch als Muttersprache und darüber hinaus 36 Millionen EU-Bürger Deutsch als erste oder zweite Fremdsprache sprechen, wird die Bundesregierung im gemeinsamen Antrag aller Fraktionen auf Drucksache 15/1574 u. a. aufgefordert, die Verhandlungen zur Reform des EU-Sprachenregimes auch durch Einführung eines Marktmodells fortzusetzen und sich nachdrücklich für die vollständige und ausnahmslose Gleichberechtigung von Deutsch als Arbeitssprache auf EU-Ebene einzusetzen. [...] Einstimmige Annahme des Antrags auf Drucksache 15/1574 [...]“¹⁰

⁵ Vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 1, a. a. O.

⁶ Vgl. Bundeshaushaltsplan 2023 ggü. Bundeshaushaltsplan 2022, jeweils Titel 687 14 -022.

⁷ Vgl. Antwort zu Frage 3 in Verbindung mit Antwort zu Frage 4: BT-Drucksache 20/5759.

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. Fragestellung ggü. jeweiliger Beantwortung: Frage 11, a. a. O.

¹⁰ Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (21. Ausschuss): BT-Drucksache 15/1951 vom 06.11.2003

Auch der ehemalige Bundestagspräsident Prof. Norbert Lammert sprach sich vehement dafür aus, „sich selbstbewusst der eigenen Landessprache zu bedienen.“¹¹

Auch wenn sich der Antrag der 15. Wahlperiode auf die EU bezog, so gilt dies noch mehr für den Europarat, da auch in Nicht-EU-Staaten, besonders in der Schweiz und anderen Staaten wie zum Beispiel Norwegen, Deutsch als Sprache ein fester Bestandteil der Kultur ist. Im obigen Antrag der 15. Wahlperiode heißt es:

„Der deutschen Sprache, die in Europa von rund 127 Millionen Menschen als Muttersprache bzw. als erste oder zweite Fremdsprache gesprochen wird, kommt dabei besondere Bedeutung zu.“

Dieser Bedeutung sollte der Bundestag und die Bundesregierung auch im Europarat gerecht werden und sich dafür einsetzen, dass Deutsch zur dritten Amtssprache des Europarates festgelegt wird.

¹¹ Tagesspiegel – 14.02.2007, „Deutsche Sprache: Lammert fordert mehr Selbstbewusstsein“; www.tagesspiegel.de/kultur/lammert-fordert-mehr-selbstbewusstsein-1450591.html (zuletzt abgerufen am 9. Juni 2023)

